



Kassel, 12. Mai 2023 | Ausgabe Nr. 129

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

im Bundestag blickten wir in dieser Woche auf die Anfänge unserer Demokratie zurück. Vor 175 Jahren – am 31. März 1848 – kam in der Frankfurter Paulskirche das sogenannte Vorparlament zusammen, um Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung vorzubereiten. Ein knappes Jahr später verabschiedet diese dann die Paulskirchenverfassung, die zum Vorbild aller späteren demokratischen deutschen Verfassungen wurde. Erstmals erhielten Menschen- und Bürgerrechte Gesetzeskraft in Deutschland. Der Grundrechtskatalog enthielt die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Aufhebung aller Standesvorrechte und die Gewährleistung persönlicher und politischer Freiheitsrechte. Mit der Verfassung sollte ein föderaler deutscher Einheitsstaat konstituiert werden, auch wurden die Rechte des Reichstags, wie zum Beispiel die Gesetzgebung und das Budgetrecht verankert.

des Bundestages fand dazu in dieser Woche eine Vereinbarung statt.

Flüchtlingsgipfel

Es ist gut und wichtig, dass Bundeskanzler Olaf Scholz am Mittwoch mit

lassen. Der Bund leistet bereits weitreichende finanzielle Unterstützung. Wir müssen aber vor allem noch die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen vereinfachen – denn nicht alles ist mit mehr Geld zu lösen. Und das schaffen wir nur gemeinsam.

Am 9. Mai war Europatag

Was am 9. Mai 1950 als Idee des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman zur Gründung einer „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ begann, ist nun eine Europäische Union mit 27 Mitgliedsstaaten und fast 450 Millionen Menschen geworden. Die Europäische Union ist weit mehr als ein Binnenmarkt ohne Grenzen. Sie steht für Freiheit, Frieden, gemeinsame Werte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz von Menschenrechten.

Wir sind überzeugte Europäer*innen. Als größter Mitgliedsstaat der EU wissen wir: Wir brauchen Europa und Europa braucht uns, nicht nur am Europatag, sondern jeden Tag. [Bundeskanzler Olaf Scholz hat deshalb am 9. Mai eine Rede im Europäischen Parlament gehalten.](#)

Euer



Foto © Paul Alexander Probst

Gründung des Staates Israels

Ein weiteres Ereignis jährt sich ebenfalls in dieser Woche: die Gründung des Staates Israel vor 75 Jahren. Deutschland kommt dabei eine historische Verantwortung zu. Israels Sicherheit und Existenzrecht sind Teil unserer Staatsräson. Im Plenum

den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zum sogenannten „Flüchtlingsgipfel“ zusammenkam. Wir wissen, dass die Kommunen die Hauptlast bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten tragen. Deshalb werden wir sie nicht allein

Gebäudeenergiegesetz

Klimaneutral, technologieoffen und sozialverträglich

In Verantwortung für künftige Generationen wollen wir in Deutschland bis 2045 klimaneutral leben. Damit uns das gelingt, setzen wir voll auf erneuerbare Energien. Beim Heizen von Gebäuden werden allerdings immer noch sehr viel fossile Energieträger genutzt – allein im Jahr 2022 wurden rund 600.000 neue Gasheizungen in Deutschland eingebaut.

Dabei wissen wir: Wer heute eine neue Heizung einbaut, nutzt diese 20 bis 30 Jahre lang. Und da die Preise für Gas und Öl in den kommenden Jahren weiter steigen werden, wird fossiles Heizen für viele Menschen deutlich teurer. Dem wollen wir entgegenwirken, indem wir jetzt mit dem Umstieg auf klimaneutrale Heizungen beginnen – zügig, unbürokratisch und vor allem sozialverträglich. Denn: Klimaneutrales Heizen müssen sich auch Haushalte mit weniger Einkommen leisten können. Schließlich geht es dabei für viele Menschen um größere Investitionen. Wir sorgen dafür, dass alle Menschen mitgenommen werden und niemand überfordert wird.

Weitreichende Übergangsfristen und Härtefallregelungen

Der vorgelegte Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes gibt Orientierung, wann alte Heizungen zugunsten einer klimafreundlicheren Anlage ausgetauscht werden müssen, und er beinhaltet weitreichende Übergangsfristen

Meine Rede im Bundestag

[... zur Wärmerversorgung | Freitag, 12. Mai 2023](#)



und Härtefallregelungen. Wir machen uns zudem für eine kostenlose Energieberatung mit einem individuellen Fahrplan für nötige Umbauten stark, damit Bürgerinnen und Bürgern Planungssicherheit bekommen.

Erste Vorschläge für Förderprogramm

Außerdem liegen nun erste Vorschläge für ein Förderprogramm vor, das Eigentümer*innen beim Umstieg auf klimaneutrale Heizungen unter die Arme greift. In den parlamentarischen Beratungen wollen wir den Entwurf weiter verbessern. Bei der Förderung werden wir vor allem Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen stärker in den Blick nehmen. **Wir als SPD-Fraktion haben darum vom ersten Tag an deutlich gemacht, dass wir dem Gesetz nur zustimmen, wenn es eine sozial ausgewogene Förderung gibt.**

Mehr Infos >> [ab Seite 17](#)

Extremismusprävention

Keine Handbreit den Demokratiefeind*innen!

Demokratie und Freiheit sind nicht selbstverständlich und müssen verteidigt werden – jeden Tag und von jeder und jedem. Denn Angriffe auf Personen, Institutionen und Orte nehmen zu. Der Brandanschlag auf das Wahlkreisbüro von unserem Genossen Karamba Diaby vor wenigen Tagen ist ein weiteres erschreckendes Beispiel dafür.

Angriffe auf Menschen und Institutionen nehmen zu, Drohungen sind in vielen Regionen in-zwischen fast an der Tagesordnung und führen dazu, dass sich die Menschen – darunter viele Kommunalpolitiker*innen – zunehmend nicht mehr engagieren wollen. Das bereitet uns große Sorgen. Wir werden unsere demokratischen Grundsätze jeden Tag verteidigen und dafür einstehen, damit nicht diejenigen lauter und sichtbarer werden, die hassen, ausgrenzen und unsere Werte bedrohen.

Wir lassen Verfassungsfeind*innen keinen Raum! Politische Auseinandersetzung, ja! Gewalt, Hass und Hetze, Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus oder Antisemitismus? Nein! Dafür stehen wir Sozialdemokrat*innen seit 160 Jahren ein.

Demokratie muss gelebt und erlebt werden, dazu tragen auch Programme vor Ort entscheidend bei. Derzeit bringen wir ein Demokratiefördergesetz auf den Weg. Damit schaffen wir erstmals die gesetzliche Grundlage dafür, dass der Bund eigene Maßnahmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention ergreifen und Projekte längerfristig finanzieren darf. Konkret geht es dabei um Projekte zur Förderung der Demokratie, zur Stärkung gesellschaftlicher Vielfalt sowie zur Extremismusprävention vor Ort. Jetzt müssen endlich alle an einem Strang ziehen, damit dieses Gesetz schnell umgesetzt wird!



Extremist*innen schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen

Feind*innen der Verfassung haben im öffentlichen Dienst nichts zu suchen. Auch wenn extremistische und andere verfassungsfeindliche Vorfälle auf sehr wenige Personen beschränkt sind und sich die überwiegende Zahl der rund 190 000 Bundesbeamt*innen rechtstreu und integer verhält, schädigen auch solche Einzelfälle das Vertrauen nachhaltig.

Künftig können zuständige Behörden alle status-relevanten Disziplinarmaßnahmen (dazu gehören Entfernung, Zurückstufung, Aberkennung des Ruhegehalts) per Verfügung aussprechen, um Verfassungsfeinde schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen zu können. Sie müssen künftig dann keine langwierigen Disziplinklagen vor Verwaltungsgerichten mehr

erheben, mit Verfahren, die im Durchschnitt derzeit vier Jahre dauern.

Die Gründe, die zu einem Verlust der Beamtenrechte führen, werden verschärft. So verliert man künftig seine Beamtenrechte bei einer rechtskräftigen Verurteilung wegen Volksverhetzung bereits bei einer Freiheitsstrafe ab sechs Monaten (bisher ein Jahr). Rechtskräftig aus dem Dienst entfernte Extremist*innen müssen überdies fortgezahlte Bezüge künftig zurückzahlen.

Wir debattierten den Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem ein weiteres Vorhaben des Koalitionsvertrags umgesetzt wird, in dieser Woche in erster Lesung im Bundestag.



Flüchtlingsgipfel

Kreise und Gemeinde unterstützen

Wir unterstützen die Städte, Kreise und Gemeinden bei der Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen stehen wir zu unserer humanitären Verantwortung.

Die Kommunen leisten derzeit Herausragendes, um Geflüchtete zu versorgen. Sie verdienen dafür höchste Anerkennung. Um sie zu entlasten, stocken wir die Bundesmittel in diesem Jahr um eine Milliarde Euro auf mehr als 16 Milliarden Euro auf.

Geld ist aber nicht alles. Wir greifen den Kommunen deshalb auch mit konkreten Maßnahmen unter die Arme. So stellen wir etwa Gebäude des Bundes mietfrei zur Verfügung. Ausländerbehörden sollen digitalisiert und Asylverfahren beschleunigt werden. Die Möglichkeiten zur freiwilligen Rückkehr und zur Rückführung von ausreisepflichtigen Personen sollen verbessert werden.

Wir wollen irreguläre Migration eindämmen und mehr reguläre Migrationswege schaffen. Wir stehen für ein humanitäres Asylrecht, das Menschen hilft, die Hilfe brauchen. Und wir arbeiten an einem modernen Einwanderungsrecht, um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen, auf die wir in Deutschland dringend angewiesen sind.

GEMEINSAME FLÜCHTLINGSPOLITIK VON BUND UND LÄNDERN

Das haben Bundeskanzler
Olaf Scholz und die
Ministerpräsident:innen
gemeinsam beschlossen:



Wir steuern Migration.

Irreguläre Migration eindämmen,
mehr reguläre Migrationswege
schaffen.

Migrationsabkommen und Reform
des gemeinsamen Europäischen
Asylsystems.

Wir helfen bei der Unterbringung von Geflüchteten.

Mietfreie Liegenschaften des
Bundes, schnellerer Bau von
Unterkünften.

Wir unterstützen die Kommunen finanziell.

Plus 1 Milliarde Euro vom Bund –
insgesamt über 16 Mrd. in diesem
Jahr.

Wir beschleunigen die Asylverfahren.

Digitalisierung der
Ausländerbehörden,
schnellere Entscheidungen.

Bund und Länder stehen an der Seite der Kommunen, die bei der Aufnahme & Versorgung von Geflüchteten Herausragendes leisten.

Wir sichern ein humanes Asylsystem
für alle, die unsere Hilfe brauchen!



Stadtentwicklungspolitik

Städtebauförderung stärken und weiterentwickeln

Die Städtebauförderung des Bundes ist eines der wichtigsten Instrumente zur Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Seit über 50 Jahren unterstützt der Bund gemeinsam mit den Ländern die Städte und Gemeinden dabei, städtebauliche Missstände zu beseitigen und stärkt sie damit nachhaltig als Wirtschafts- und Wohnstandorte.

Die Ziele der Städtebauförderung orientieren sich an den konkreten städtebaulichen Problemlagen und Herausforderungen: Stärkung der Innenstädte und Ortszentren, Stabilisierung und Aufwertung sozial benachteiligter Quartiere, Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen gerade in Gebieten, die von erheblichen städtebaulichen

Funktionsverlusten betroffen sind, wie z. B. Wohnungsleerstand oder Brachflächen in Innenstädten. Besonders werden städtebauliche Transformationsprozesse mit Blick auf den Klimawandel und Mobilität unterstützt. Seit 2020 sind Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel Fördervoraussetzungen aller Städtebauprogramme.

2023 stehen im Bundeshaushalt insgesamt 790 Millionen Euro für die Programme der Städtebauförderung zur Verfügung. Weitere Mittel stehen im Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ bereit.

Anlässlich des Tags der Städtebauförderung am 13. Mai 2023 fordern wir als Koalitionsfraktionen in einem Antrag die Bundesregierung auf, die Städtebauförderung in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern als Instrument einer sozial ausgewogenen und klimafreundlichen Stadtentwicklungspolitik stetig weiterzuentwickeln.

Und die Bundesmittel für die Städtebauförderung in den kommenden Jahren entsprechend der Bedarfe und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel weiter zu stärken und perspektivisch zu erhöhen.





Parlamentarische Patenschafts-Programm

Bewerbungsphase hat begonnen

Das Parlamentarische Patenschaftsprogramm des Deutschen Bundestages und des US-Congress gibt jungen Menschen die Chance, einen intensiven Einblick in eine andere Lebensweise zu erhalten – und gleichzeitig ein Stück der eigenen Kultur zu vermitteln, so dass auch die jeweiligen Gastfamilien profitieren. Durch diese persönlichen Kontakte fördern wir gegenseitiges Verständnis und Toleranz.

Ab sofort für ein Stipendium bewerben

Ab sofort können sich Interessierte für das 41. PPP 2024/25 bewerben. Die Frist endet am Freitag, dem 8. September 2023. Bewerbungsberechtigt für das 41. PPP sind Schülerinnen und Schüler, die zwischen dem 1. August 2006 und dem 31. Juli 2009 geboren wurden – sowie junge Berufstätige, die nach dem 31. Juli 1999 Geburtstag haben. Weitere Informationen können [hier](#) abgerufen werden.

Gastfamilie in Deutschland werden

Es werden noch Gastfamilien gesucht, die die US-amerikanische Schüler*innen ab August/September 2023 aufnehmen. Gastfamilie können alle werden – egal ob allein oder als Großfamilie, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Wichtig sind Humor, Neugier und Toleranz sowie die Bereitschaft, sich auf ein „Familienmitglied auf Zeit“ einzulassen. Weitere Informationen rund um das Thema Gastfamilie gibt es [hier](#).

Über das Parlamentarische Patenschaftsprogramm

Seit 1983 gibt das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) alljährlich Schüler*innen sowie jungen Berufstätigen und Auszubildenden die Möglichkeit, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Da das PPP ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Congress ist, sind zeitgleich auch junge US-Amerikaner*innen für ein Austauschjahr zu Gast in Deutschland. Die Teilnehmen-

den aus beiden Ländern bekommen für ihre Austauschzeit eine Patin oder einen Paten aus dem Bundestag zur Seite gestellt.

Das PPP ermöglicht seit 1983 jedes Jahr jungen Deutschen, ein Schuljahr in den USA zu erleben. Zeitgleich sind junge US-Amerikaner*innen zu einem Austauschjahr zu Gast in Deutschland.





Außenstelle der Bundesnetzagentur in Kassel

Bundesweiter Modellcharakter

Die Beschäftigten der Außenstelle Kassel der Bundesnetzagentur (BNetzA) haben sich Anfang des Jahres an mich als örtlichen Bundestagsabgeordneten und Mitglied des Beirats der Bundesnetzagentur aus Sorge um ihre Arbeitsplätze in Kassel gewandt. Ich freue mich, dass es nun gelungen ist, eine gute und modere Lösung zu finden.

Aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten war die Bundesnetzagentur gehalten, für den Standort Kassel und die dort tätigen sieben Beschäftigten nach Alternativen zu suchen. Die in die Überlegungen eingebundene Bundesanstalt für Immobilienmanagement (BIMA) hatte die alte, viel zu große Liegenschaft voreilig gekündigt und damit Unruhe bei den Beschäftigten ausgelöst. Die ursprüngliche Planung war, die Arbeitsplätze nach Göttingen zu verlagern.

Auf meine Initiative hin hat sich die BNetzA Gedanken um Alternativen im Sinne der Beschäftigten gemacht. Bei der Suche nach Lösungen wurde – nur wenige hundert Meter von der alten Liegenschaft in Kassel entfernt – ein Co-Working-Space gefunden, der sehr günstig Räumlichkeiten für erforderliche Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Diese sollen angemietet werden und ermöglichen eine kostengüns-

tige Aufrechterhaltung der Präsenz der BNetzA am Standort Kassel. Einsparungen von rund 100.000 € sind zu erwarten.

Am derzeitigen Kasseler Standort sind die Angestellten in einer von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) angemieteten Liegenschaft in der Karthäuser Straße tätig. Diese hat die BImA zum 31. August 2023 gekündigt, sodass die sieben in Kassel tätigen Beschäftigten ab dem 1. September 2023 neue Arbeitsräume benötigen.

Mit dem alternativen Arbeitsmodell eines Co-Working-Space betritt die BNetzA Neuland. Präsident der BNetzA, Klaus Müller, hat mir mitgeteilt, dass dies ein mögliches, zukunfts-trächtiges Modell für weitere Standorte sei. Zum einen aus wirtschaftlichen Aspekten, um dem gesunkenen Bedarf an Büroflächen durch den Einsatz flexibler Arbeitsformen auszugleichen. Zum anderen, um dem sozialen Anspruch der BNetzA gerecht werden zu können. Toll, dass Kassel hier unter meiner Mitwirkung in Abstimmung mit den Beschäftigten nun ein Standort mit bundesweiten Modellcharakter geworden ist.



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:

https://twitter.com/Timon_Gremmels

fb.com/TimonGremmels

instagram.com/gremmels

twitter.com/Timon_Gremmels

linkedin.com/in/timon-gremmels

Bundesförderung für den Wahlkreis

117.000 Euro für AKGG und 1. Mädchenhaus Kassel 1992 e. V.

Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert jeweils ein Kinder- und Jugendprojekt von AKGG und dem 1. Mädchenhaus Kassel 1992 e. V. aus dem Zukunftsprogramm für Bewegung, Kultur und Gesundheit.



Das Projekt „Queer & Health – Kinder und Jugendliche begegnen, erleben und bewegen sich rund um die Themen Gesundheit und Queere Identität“ des 1. Mädchenhaus Kassel 1992 e. V. erhält eine Förderung von 53.766,22 Euro. Der AKGG erhält für das Projekt „Wir machen was! – Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene der ambulanten Kinder und Jugendhilfe in Nordhessen verwirklichen Wünsche, Ideen, Projekte“ 63.771,90 Euro Bundesmittel.

Mit dem Zukunftspaket trägt das BMFSFJ dazu bei, die Lage junger Menschen in den aktuellen Krisenzeiten mittels Bewegung, durch Kulturangebote und Maßnahmen für die körperliche und seelische Gesundheit zu verbessern. Das

Programm setzt dort an, wo wir Kinder und Jugendliche am besten erreichen und wo wir ihnen besonders gut zuhören müssen: vor Ort in ihren Lebenswelten.

Junge Menschen, die eine Projektidee haben, können gemeinsam mit einem Träger ihrer Wahl einen Förderantrag stellen. Zudem können Träger eine Förderung für ein Projekt beantragen, das sie gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen planen und umsetzen. Kinder und Jugendliche können noch bis zum 15. September Projektanträge stellen. Für Träger ist dies nochmals vom 8. bis 26. Mai möglich.

Weitere Informationen zum Zukunftsprogramm für Bewegung, Kultur und Gesundheit gibt es [hier](#).



KURZ NOTIERT

1 Mehr Steuertransparenz schaffen

Wir berieten in dieser Woche abschließend einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem wir eine EU-Richtlinie über die Offenlegung von Ertragsteuer-Informationen umsetzen. Die Richtlinie gilt für Unternehmen, die entweder in der EU ansässig sind oder dort Tochterunternehmen oder Zweigniederlassungen haben und deren Erlöse in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren weltweit jeweils einen Betrag von 750 Millionen Euro übersteigen.

Künftig soll es leichter nachvollziehbar sein, ob multilaterale und ertragsstarke Unternehmen und Konzerne auch dort Steuern zahlen, wo sie tätig sind. Deshalb sollen diese Unternehmen und Konzerne Informationen über die Zahlung von Steuern nicht mehr nur den Finanzbehörden mitteilen, sondern teilweise auch der Öffentlichkeit zugänglich machen. Dies leistet einen Beitrag zur Steuertransparenz und ermöglicht eine öffentliche Debatte. Der Gesetzentwurf orientiert sich eng an der Richtlinie. Wir wollen aber evaluieren, ob eine erweiterte Berichtspflicht der öffentlichen Debatte zuträglich ist. Neben der Richtlinienumsetzung werden im Handelsbilanzrecht weitere Änderungen vorgenommen. So wird die Offenlegungspflicht erweitert und handelsbilanzrechtliche Bußgeld- und Ordnungsgeldvorschriften werden punktuell geändert.

2 Bundeswehreinsatz in Mali wird letztmalig verlängert

Seit zehn Jahren beteiligt sich die Bundeswehr an der „Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali“ – kurz: MINUSMA –, um den Friedensprozess dort zu unterstützen und die staatlichen Strukturen des Landes landesweit zu stärken. In den vergangenen Monaten jedoch hat sich die sicherheitspolitische

Lage in Mali deutlich verschlechtert. Dazu beigetragen hat vor allem das unkooperative Verhalten der Regierung Malis, was auch den Bundeswehreinsatz vor Ort beschränkte.

Deshalb hat die Bundesregierung entschieden, die Bundeswehr aus Mali abzuziehen. Um die politische Transition des Landes jedoch weiter zu unterstützen und unseren Beitrag dazu zu leisten, dass die für Februar 2024 angekündigten Präsidentschaftswahlen stattfinden können, erfolgt der Abzug schrittweise. Laut

Antrag der Bundesregierung (der in dieser Woche in erster Lesung auf der Tagesordnung des Bundestages stand) wird das Mandat zur Beteiligung der Bundeswehr an MINUSMA letztmalig um ein Jahr bis zum 31. Mai 2024 verlängert, um den Einsatz so strukturiert auslaufen zu lassen. Dabei stimmt sich die Bundesregierung eng mit den Vereinten Nationen und den Partnerländern in MINUSMA ab, um größtmögliche Planungssicherheit zu schaffen.

Das Mandat sieht weiterhin eine Personalobergrenze von 1400 Soldat*innen vor. Sollte während des Mandatszeitraums kein ausreichendes Versorgungs- und Schutzniveau für deutsche Soldat*innen mehr gewährleistet sein, kann das Mandat jederzeit – bis hin zur Beendigung des Einsatzes – angepasst werden. Über die Entwicklung der Sicherheitslage und des Rückzugs wird der Bundestag regelmäßig unterrichtet.

Das Auslaufen des Bundeswehreinsatzes in der UN-Mission MINUSMA in Mali bedeutet nicht den Rückzug Deutschlands aus der Region. Wir werden den Sahel und die angrenzenden Küstenländer weiterhin mit zivilen Mitteln unterstützen. Dafür bringt das BMZ die Sahel-Plus-Initiative auf den Weg. Diese Initiative ist die entwicklungspolitische Komponente der strategischen Neuausrichtung des Sahel-Engagements der Bundesregierung.

3 Mahnmal für Zeugen Jehovas

Die Zeugen Jehovas waren eine der ersten von den Nationalsozialisten verfolgten Gruppen. Unmittelbar nach 1933 stellten sie zwischen 10 und 20 Prozent der KZ-Häftlinge, in frühen Frauenkonzentrationslagern sogar bis zu 50 Prozent. Sie wurden systematisch verfolgt, weil sie das NS-System und seine Herrschaftspraktiken ablehnten, auf

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>



»»» Fortsetzung

den verbrecherischen Charakter von Anfang an auch international aufmerksam machten und dagegen protestierten sowie die Wehrpflicht und den Kriegsdienst verweigerten. Mindestens 10.700 deutsche Zeugen Jehovas und 2.700 aus den besetzten Ländern Europas erlitten direkte Verfolgung – in Form von Haft, Enteignungen, Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz, Kindesentzug, Folter oder Mord. Über 1.700 Zeug*innen Jehovas verloren durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft ihr Leben.

Trotzdem werden sie bis heute in der Öffentlichkeit als Opfergruppe kaum wahrgenommen. Um dies zu ändern, haben die Koalitionsfraktionen gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion einen interfraktionellen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem ein Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas in Europa gefordert wird. Es soll am historischen Ort im Berliner Tiergarten errichtet werden, über die Verfolgung dieser Opfergruppe informieren und ihren Beitrag zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus gebührend würdigen. Weiter fordert der Antrag, Defizite in der Aufarbeitung der Geschichte, der öffentlichen Anerkennung und der wissenschaftlichen Erforschung zu schließen. Wir berieten den Antrag in dieser Woche erstmals im Plenum.

4 5 Jahre Weltgesundheitsorganisation

Am 7. April 1948 wurde die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation, WHO) der Vereinten Nationen gegründet und besteht in diesem Jahr somit seit 75 Jahren. Laut eigener Verfassung von 1948 ist die WHO die „leitende und koordinierende Institution des internationalen Gesundheitswesens“. In dieser Funktion übernimmt sie die Bewältigung globaler Gesundheits Herausforderungen und hat die Aufgabe, Leitlinien, Standards und Methoden zu entwickeln, zu vereinheitlichen und weltweit durchzusetzen. Um diesen hohen Erwartungen gerecht zu werden, muss die Organisation in politischer, personeller und finanzieller Hinsicht gestärkt werden. Dies fordern wir in einem Koalitionsantrag, den wir in dieser Woche berieten.

Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass der WHO die Fähigkeiten fehlen, ihr Mandat vollumfänglich zu erfüllen. Dies liegt an der unzureichenden Grundfinanzierung und der mangelnden Flexibilität der Mittel. In den vergangenen Jahren ist die WHO immer abhängiger von Spenden geworden. Wir setzen uns für die Stärkung der Organisation ein und unterstützen den laufenden Reformprozess. Im vorliegenden Koalitionsantrag fordern wir daher die Bundesre-

gierung dazu auf, die geplante Anhebung der Pflichtbeiträge durch die Mitglieds-länder zu unterstützen, sodass diese insgesamt 50 Prozent des Kernbudgets der WHO ausmachen.

Des Weiteren unterstützen wir die Ausarbeitung eines Pandemieabkommens sowie die Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften und setzen uns dafür ein, die gesundheitsbezogenen Nachhaltigkeitsziele bis 2030 zu erreichen und die Bemühungen der WHO im Bereich Klima/Gesundheit zu unterstützen. Zudem fordern wir dazu auf, die Zusammenarbeit mit globalen Partnern zu vertiefen, eine Formalisierung des EU-Beobachterstatus bei der WHO anzustreben und sich weiterhin für eine Teilnahme von Taiwan als Beobachter bei der WHO einzusetzen.

5 Bundeswehreinsatz im Kosovo wird fortgesetzt

Frieden und Sicherheit auf dem Westbalkan sind für Deutschland und die Europäische Union von zentraler Bedeutung. Seit mehr als 20 Jahren engagiert sich die Bundeswehr deshalb im Rahmen der NATO-geführten „Kosovo Force“ – kurz: KFOR – im Kosovo. KFOR war in den vergangenen Jahren ein zentraler Stabilitätsanker in der Region und hat die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Kosovo gestärkt. Zugleich bestehen Konflikte im Land weiterhin fort – vor allem im Norden des Landes an der Grenze zu Serbien. Dort ist es zuletzt Anfang 2023 wieder zu Spannungen und teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen. Obwohl sich Kosovo und Serbien unter Vermittlung der EU im März 2023 auf ein Grundlagenabkommen geeinigt haben, ist ein Wiederaufflammen der Konflikte in der Region nicht ausgeschlossen. Hinzu kommt die Sorge vor russischen Destabilisierungsversuchen im Zuge des russischen Krieges gegen die Ukraine.

KFOR bleibt auch in Zukunft notwendig. In dieser Woche beriet der Bundestag deshalb über einen Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des Bundeswehrmandates im Kosovo. Die kosovarischen Sicherheitskräfte sollen weiter in die Lage versetzt werden, langfristig selbstständig für Sicherheit nach innen und nach außen zu sorgen. Das Mandat sieht weiterhin eine Obergrenze von 400 Soldat*innen vor. Der Einsatz ist nicht befristet und endet erst, sofern die entsprechende Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen erlischt oder ein entsprechender NATO-Beschluss abläuft bzw. nicht verlängert wird. Alle zwölf Monate erfolgt eine konstitutive Befassung mit dem Einsatz im Bundestag, sofern dies mindestens eine Fraktion wünscht.

Termine

Veranstaltungshinweise



Fraktion vor Ort

1. Juni – 18 bis 20 Uhr (Einlass ab 17:30 Uhr) | Südflügel Kulturbahnhof Kassel – Raum 4

Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs – Daseinsvorsorge und Klimaschutz mit sozialer Perspektive

Das Deutschlandticket ist da! Seit dem 1. Mai können Busse und Bahnen im gesamten Nah- und Regionalverkehr deutschlandweit mit dem 49-Euro-Ticket genutzt werden. Das entlastet Pendler*innen finanziell und trägt zum Klimaschutz bei. Die Bundesregierung treibt damit die Verkehrswende wesentlich voran.

Die Entwicklung zu einer bedarfsgerechten, nachhaltigen Mobilität muss alle Menschen einbeziehen – auch im ländlichen Raum. Als SPD-Bundestagsfraktion ist es uns besonders wichtig, niedrigschwellige und bezahlbare Mobilität unabhängig vom Wohnort zugänglich zu machen.

Dabei sind die Verkehrsverbünde, die Deutsche Bahn und die Verbraucher ein wichtiger Bestandteil und Partner. Deshalb freue ich mich, dass der Nordhessische Verkehrsverbund, die Deutsche Bahn und auch PRO BAHN ihre Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis einbringen werden.

Kommt mit uns ins Gespräch. Wir laden euch herzlich dazu ein!

Anmeldung bitte bis zum 30. Mai an ...
>> timon.gremmels.wk@bundestag.de

Dialogtour der SPD-Bundestagsfraktion

31. Mai – 10 bis 12 Uhr | Wochenmarkt Vellmar

„Zukunft schaffen wir. Gemeinsam vor Ort.“

Auch in dieser Wahlperiode ist der rote Dialogbus der SPD-Bundestagsfraktion wieder in Hessen unterwegs – und natürlich auch bei mir im Wahlkreis.

Die erste Station: Vellmar – am 31. Mai.

Ich lade euch herzlich ein, auf dem Wochenmarkt in Vellmar vorbeizuschauen und sich in lockerer Atmosphäre über die Arbeit im Bundestag, aktuelle Themen und Co. auszutauschen.

Ich freue mich auf euren Besuch!

Programm

18.00 Uhr >>> Begrüßung und Einführung

Timon Gremmels, MdB

18.10 Uhr >>> Aktuelles aus der Bundestagsfraktion

Dorothee Martin, MdB (Verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion)

18.30 Uhr >>> Erfahrungen aus der Praxis

Steffen Müller (Geschäftsführer des NVV)

Ulrich Seng (Regionalsprecher PRO BAHN | Regionalverband Nordhessen)

Stefan Schwinn (Leiter Regionalbereich Mitte der DB Station&Service AG)

19.00 Uhr >>> Diskussion

Mit dem Publikum und Möglichkeit Fragen zu stellen

19.50 Uhr >>> Fazit und Schlusswort

Timon Gremmels, MdB

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie

Einweihung des Fraunhofer IEE Campus

Ein weiterer guter Tag für die Energiewende in Nordhessen: Vergangene Woche Mittwoch haben wir den Neubau des Fraunhofer Instituts IEE in Kassel eingeweiht: Den Fraunhofer IEE Campus – und zugleich den 35. Geburtstag der Energieforschung in Nordhessen gefeiert. Hier wird Forschung für die Energiewende gemacht und innovative Arbeitsplätze geschaffen.

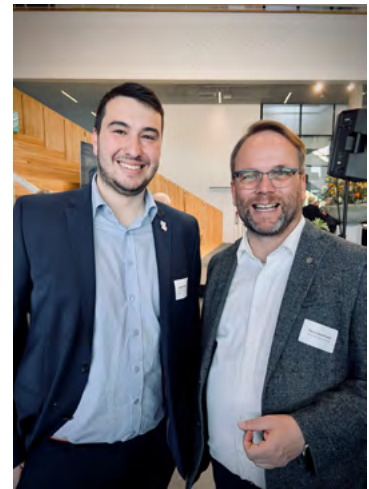


Foto © Andreas Fischer (für Fraunhofer IEE)

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Unterwegs am 1. Mai im Wahlkreis

Der 1. Mai ist in meinem Wahlkreis ein Tag mit ganz unterschiedlichen Veranstaltungen, die aber alle den „Tag der Arbeit“ in den Mittelpunkt stellen. Los ging es mit der Demo des DGB in Kassel unter dem Motto „Ungebrochen Solidarisch“ mit dem DGB-Chef Hessen-Thüringen, Michael Rudolph (ganz oben & Mitte rechts).

Weiter ging es zu den SPD-Veranstaltungen in Fuldabrück und Vellmar (oben). Hier sprach der hessische SPD-Fraktionsvorsitzende Günter Rudolph auch zu der bevorstehenden Landtagswahl am 8. Oktober. Schlusspunkt war für mich das SPD Familienfest in Ahnatal mit Hüpfburg und Herrn Müller mit seiner Gitarre (unten rechts).

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



25 Jahre dabei

Auf der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Jungfernkopf habe ich Benjamin Burck (Mitte) für 25 Jahre SPD-Mitgliedschaft geehrt. Vielen Dank für dieses langjährige Engagement!



Gedenken an die Zerschlagung der Gewerkschaften vor 90 Jahren

Am 2. Mai 1933 besetzten die Nationalsozialisten die Gewerkschaftshäuser, beschlagnahmten die Vermögen und zerschlugen so die freien Gewerkschaften. Damit zerstörten sie eines der letzten Bollwerke, das ihrer absoluten Machtergreifung noch hätte im Weg stehen können.

Bundesweit gedachten wir am 2. Mai dieses Tages – auch in Kassel. Hier stürmten die Nationalsozialisten allerdings bereits am 7. März das Kasseler Gewerkschaftshaus erstmals – also unmittelbar nach der Machtübernahme.



Gute Stimmung in Lohfelden

Am Sonntagvormittag war ich zu Gast beim Jahresempfang der Gemeinde Lohfelden mit großartiger musikalischer Umrahmung durch den Chor der Herderschule.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie

Nancy Faeser zu Besuch in Nordhessen

Vergangene Woche Donnerstag war Nancy Faeser zu Besuch in Nordhessen. Bei ihrer Tour – u.a. zur Feuerwehr Zierenberg – habe ich sie begleitet.



Foto © Peter Jülich

Alle bei der Wärmewende mitnehmen

Vergangene Woche Donnerstag habe ich mit der AGA, den Senior*innen der IG Metall Nordhessen, über die Energiewende im Gebäude gesprochen. Klar ist: Niemand muss eine funktionierende Heizung rausreißen! Und: Wir werden dafür sorgen, dass Förderprogramme nachgebessert werden und ausreichend sind. Denn: Wir wollen bei der Wärmewende Hausbesitzer*innen und Mieter*innen mitnehmen!



Frühlingserwachen und Wahlkampfauftakt in Kassel-Ost

Schön war es beim Frühlingserwachen des SPD-Ortsvereins Kassel-Ost. Unserer Genossin Esther Kalveram wünsche für den diesjährigen Landtagswahlkampf alles Gute – und vor allem viel Energie!

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie

Treffen zum Gebäudeenergiegesetz

Das Gebäudeenergiegesetz beschäftigt mich als SPD-Berichterstatter intensiv, so auch am Mittwoch bei den Netzwerker*innen der SPD-Bundestagsfraktion. Die Wärmewende ist ein Generationenprojekt, das 2045 abgeschlossen sein wird. Jetzt geht es um den ersten Schritt. Klar ist: Keiner muss seine funktionierende Heizung herausreißen und wir werden für Heizungsmodernisierungen lange Übergangsfristen schaffen. Klar ist auch: Es geht nur mit gut ausgestatteten und ausreichend finanzierten Förderprogrammen.



Foto © FionnGrosse.Gallery || NetzwerkSPD



Foto © FionnGrosse

#FairErben

Deutschland Niedrigsteuerland? Stimmt, aber nur wenn du ein großes Vermögen hast und viel erbst. Das finde ich ungerecht. Es wird Zeit für #FairErben - das findet auch die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion und hat deswegen die Erbschaftsteueruhr der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Bundestag geholt. Seit 2009 sind dem deutschen Staat über 76 Milliarden Euro Erbschaftsteuereinnahmen verloren gegangen. Das hat die Friedrich-Ebert-Stiftung berechnet. Deutschland braucht deshalb eine effektive und progressive Erbschaftsteuer, um endlich eine angemessene Mindestbesteuerung der Betriebsvermögen sicherzustellen. So können wir auch die breite Mehrheit der Bevölkerung stärker entlasten



Sitzung des VhU-Energieausschusses

Beim Treffen mit der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V. (VhU) in Frankfurt letzte Woche Freitag tauschte ich mich über die aktuellen Vorhaben in der Energie- und Klimapolitik aus.

Timon Gremmels

■ Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎ 0561 – 700 10 52
✉ buero@timon-gremmels.de f TimonGremmels
🏠 www.timon-gremmels.de 📷 @gremmels

Kompaktinfo: Reform des Gebäudeenergiegesetzes

Modernes Heizen der Zukunft

Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG)

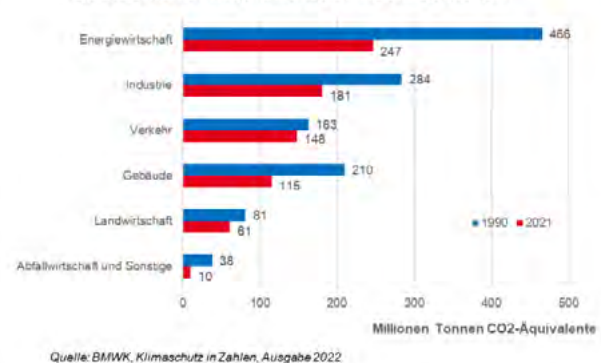
Auf einen Blick:

- Bis 2045 wollen wir in Deutschland klimaneutral leben. Damit uns das gelingt, setzen wir voll auf erneuerbare Energien. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Gebäudesektor, in dem ein Großteil der Treibhausgasemissionen entsteht, weil dort mit sehr viel fossilen Energieträgern geheizt wird.
- Mit der Reform des GEG wollen wir den Umstieg auf klimaneutrale Heizungen für alle Menschen ermöglichen. Damit sorgen wir für mehr Klimaschutz im Gebäudesektor und schützen die Menschen zugleich vor hohen finanziellen Belastungen. Denn: Wer heute eine neue Heizung einbaut, nutzt diese 20 bis 30 Jahre lang. Da die Preise für Gas und Öl in den kommenden Jahren weiter steigen werden, wird fossiles Heizen für viele Menschen deutlich teurer.
- Der Entwurf der Bundesregierung sieht vor, dass ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung mit mindestens 65 Prozent EE betrieben werden soll. Eine generelle Austauschpflicht für Heizungen wird es nicht geben. Reparaturen von funktionierenden Heizungen sind weiterhin möglich. Im Falle von irreparablen Defekten (Heizungshavarien) gelten weitreichende Übergangsfristen und Ausnahmen.
- Für viele Menschen geht es bei neuen Heizungen um sehr viel Geld. Durch eine breite finanzielle Förderung sorgen wir dafür, dass alle Menschen mitgenommen werden und niemand finanziell überfordert wird.
- In den parlamentarischen Verhandlungen wollen wir den Entwurf weiter verbessern. Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, die Förderung stärker sozial zu staffeln, individuelle Sanierungsfahrpläne zu fördern und den Mieterschutz zu stärken.

Unser Ziel: Sozialer Klimaschutz

Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu sein. Damit das gelingt, müssen wir künftig auf fossile Energieträger verzichten. Die Ampel hat dafür bereits entscheidende Maßnahmen auf den Weg gebracht, um den Ausbau von erneuerbaren Energien (EE) zu vereinfachen und zu beschleunigen. Im Gebäudesektor wird immer noch sehr viel fossile Energie verbraucht. Dort wollen und müssen wir stärker auf EE setzen. Im Koalitionsvertrag hat sich die Ampel deshalb auf eine weitreichende Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) verständigt, um den Weg für klimaneutrale Heizungen im Gebäudesektor freizumachen. Wir werden den Umstieg pragmatisch und unbürokratisch ausgestalten und darauf achten, dass niemand überfordert wird, ausreichende Übergangszeiträume zur Verfügung stehen, unbillige Härten abgefedert und soziale Aspekte berücksichtigt werden. Mit der Reform zeigen wir: Klimaschutz und sozialer Ausgleich gehen Hand in Hand.

Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland 1990 und 2021 nach Sektoren



Kompaktinfo: Reform des Gebäudeenergiegesetzes

Warum wird das GEG reformiert?

Der Fokus auf neue Heizungen ist angesichts der langen Investitionszeiträume im Gebäudebereich entscheidend. Wer heute eine neue Heizung einbaut, der nutzt diese 20 bis 30 Jahre. Gleichzeitig bekennen sich die Regierungsfractionen dazu, bis 2045 die Klimaneutralität in Deutschland zu erreichen. Folgende Punkte sind uns wichtig:

- **Mehr Klimaschutz:** Heizen von Gebäuden und die Versorgung mit Warmwasser machen einen Großteil des Energiebedarfs in Deutschland aus. Über 80 Prozent dieser Wärme wird noch mit fossiler Energie erzeugt. In 2022 wurden immer noch rund 600.000 neue Gasheizungen in Deutschland eingebaut. Klimaneutrale Heizungen senken also die CO₂-Emissionen im Gebäudesektor erheblich.
- **Mehr Versorgungssicherheit:** Der russische Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen hohen Preise bei Gas und Öl haben gezeigt, wie notwendig es ist, sich zügig von fossilen Energien unabhängig zu machen.
- **Mehr Verbraucherschutz, Planungs- und Investitionssicherheit:** Gas und Öl werden in den nächsten Jahren deutlich teurer. Russisches, billiges Gas steht nach Putins Lieferstopp schon jetzt nicht mehr zur Verfügung. Hinzu kommt: Ab 2027 wird im Rahmen des europäischen Emissionshandels auch die Verbrennung von fossilen Energieträgern in Gebäuden mit einem CO₂-Preis belegt. Die Kosten für das Betreiben von Öl- und Gasheizungen werden sich in den nächsten Jahren deshalb massiv verteuern. Der Ausstieg aus fossilen Heizungen ist nötig, um das Klima zu schützen und die exorbitanten Kosten durch Preisanstieg bei fossilen Energien für Verbraucher:innen abzufedern.



Was steht im aktuellen GEG-Entwurf der Bundesregierung?

- **65-Prozent-EE-Vorgabe:** Ab 2024 soll möglichst jede neu eingebaute Heizung (in Neubau und Bestandsgebäuden, in Wohn- und Nichtwohngebäuden) mit mindestens 65 Prozent EE betrieben werden. Rein fossile Heizungen werden in neuen Gebäuden künftig nicht mehr eingebaut.
- **Keine generelle Austauschpflicht für Heizungen:** Vorhandene Gas- und Ölheizungen können weitergenutzt werden. Ab 2045 dürfen dann keine fossilen Heizkessel mehr betrieben werden.
- **Reparaturen sind weiterhin möglich:** Geht eine Heizung kaputt, muss niemand von heute auf morgen seine Heizung ersetzen. Die 65-Prozent-EE-Vorgabe greift nur dann, wenn es sich um einen Neubau handelt, eine Heizung irreparabel kaputt ist oder sich die Eigentümer freiwillig für einen Austausch entscheiden.
- Im Falle von **irreparablen Defekten (Heizungshavarien)** gelten weitreichende Übergangsfristen und Ausnahmen:
 - Übergangsfrist von drei Jahren (bei Gasetagenheizungen bis zu 13 Jahren), in der mit fossilen Heizungen weitergeheizt werden kann. Soweit ein Anschluss an ein Wärmenetz absehbar ist, gelten Übergangsfristen von bis zu 10 Jahren.
 - Eigentümer:innen, die das 80. Lebensjahr vollendet haben und die ein Gebäude mit bis zu sechs Wohnungen oder mit Etagenheizung selbst bewohnen, sind von der Austauschpflicht ausgenommen.
 - Sollte die 65-Prozent-EE-Vorgabe aus wirtschaftlichen Gründen individuell nicht umsetzbar sein, kann bei der zuständigen Behörde ein Antrag auf Ausnahme gestellt werden.



Anhang – Planungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion

Kompaktinfo: Reform des Gebäudeenergiegesetzes

- **Technologische Vielfalt:** Die Eigentümer:innen können zwischen mehreren klimaneutralen Optionen frei wählen und Heizungstypen sogar kombinieren, sofern diese Optionen einzeln oder kombiniert die 65-Prozent-EE-Vorgabe erfüllen. Die im Entwurf genannten klimaneutralen Heizungstypen sind „Erfüllungsoptionen“. Das bedeutet: Nutzen Eigentümer:innen eine dieser Optionen, müssen sie keinen rechnerischen Nachweis erbringen.
- **Finanzielle Förderung:** Die Umstellung auf klimaneutrales Heizen wird kurzfristig teurer. Deswegen hat sich die Bundesregierung auf eine flankierende staatliche Förderung verständigt. Sie gilt für Bürger:innen im selbstgenutzten Wohneigentum sowie für private Kleinvermieter:innen (bis zu sechs Wohneinheiten, davon eine selbst bewohnt) und besteht aus drei Elementen:
 - 1) Zuschussförderung bestehend aus einer Grundförderung in Höhe von 30 Prozent für jede neue klimafreundliche Heizung und einem oder mehrere Klimaboni in Höhe von 10 oder 20 Prozent, die z.T. mit der Grundförderung kombiniert werden können und dann zu einer Gesamtförderung von bis zu 50 Prozent der Investition für die Anlage führen können.
 - 2) Ergänzende Kreditförderung für den Heizungstausch und Effizienzmaßnahmen wie Sanierungen auf Effizienzhausniveau.
 - 3) Steuerliche Abschreibung von energetischen Sanierungsmaßnahmen wie Heizungstausch oder Dämmmaßnahmen für selbstgenutztes Eigentum.

Mögliche Heizungstypen laut GEG-Entwurf

- Anschluss an Wärmenetz
- Elektrisch angetriebene Wärmepumpe
- Stromdirektheizung
- Solarthermische Anlage
- Wärmepumpe-Hybridheizung (mind. 65 Prozent EE-Anteil)
- Heizung mit grünem oder blauem Wasserstoff
- „H2-Ready“-Gasheizungen (Heizungen, die auf 100 Prozent Wasserstoff umrüstbar sind)
- Im Bestand: Biomasseheizung

Was wollen wir in den parlamentarischen Verhandlungen noch erreichen?

Der vorliegende Gesetzentwurf wird nun im parlamentarischen Verfahren noch ausführlich beraten und verändert werden. Für uns sind hierbei insbesondere folgende Punkte von Bedeutung:

- **Soziale Staffelung der Förderung:** Wir wollen eine sozial ausgewogene Förderung, die auch vollständige Förderung ermöglicht, abzüglich zumutbarer Eigenanteile. Besonders Vermögende können entsprechende Maßnahmen hingegen auch ohne Förderung stemmen.
- **Wir werden uns die Umsetzungsfristen genau anschauen.** Ein Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 2024 heißt nicht, dass jede Regelung dann bereits greifen muss. Anders als im Neubau sind für Bestandsbauten auch längere Übergangsfristen denkbar.
- Um Sicherheit bei der Umstellung für die Bürger:innen zu erreichen, wollen wir einen Anspruch auf einen kostenlosen **individuellen Sanierungsfahrplan einschließlich Fördermöglichkeiten** festlegen.
- Eine **starre Altersgrenze** von Gebäudeeigentümern halten wir für ungeeignet.
- **Mieterschutz:** Mieter:innen haben keinen Einfluss darauf, womit geheizt wird oder ob zum Austausch und zur Modernisierung Fördermittel in Anspruch genommen werden. Wir werden dafür sorgen, dass Mieter:innen beim Umstieg auf klimaneutrale Heizungen nicht überfordert werden.
- **Handlungsmöglichkeiten der Bürger:innen erweitern:** Wir wollen, dass die 65-Prozent-EE-Pflicht durch alle erneuerbaren Erfüllungsmöglichkeiten erbracht werden können (auch Biomasse und Holz). Bei einer Umsetzung der Pflicht durch den Anschluss an Netze (Wärme- und Wasserstoffnetze) brauchen wir angemessene Übergangszeiträume, um diese Option auch in der Praxis handhabbar zu machen.
- **Kommunale Wärmeplanung:** Damit die Wärmewende gelingt, werden wir die gesamte Bandbreite an Lösungen in den Blick nehmen – und zwar am Gebäude, aber auch im Quartier. Deshalb muss das GEG mit der kommunalen Wärmeplanung verzahnt werden



Anhang – Planungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion

Kompaktinfo: Reform des Gebäudeenergiegesetzes

Warum die Kritik von CDU und CSU ins Leere läuft

- Jahrelang haben CDU und CSU den Klimaschutz verschlafen, den Ausbau der erneuerbaren Energien ausgebremst und erst so dafür gesorgt, dass nun schnell gehandelt werden muss. Die von CDU und CSU geäußerte Kritik an den geplanten Änderungen beim GEG ist populistisch und heuchlerisch. Sie zeigt nur: Wenn Klimaschutz konkret wird, haben CDU und CSU nichts zu bieten.
- Wer den Menschen vorgaukelt, man könne wie bisher auf fossile Energieträger setzen, streut den Menschen Sand in die Augen. Denn Gas und Öl werden auf lange Sicht teurer. Damit gefährden CDU und CSU nicht nur erfolgreichen Klimaschutz, sondern nehmen bewusst eine Spaltung der Gesellschaft in Kauf.
- Der Umstieg auf klimaneutrale Heizungen ist ein Generationenprojekt. Daher gilt, jetzt die Weichen für morgen zu stellen – zügig, unbürokratisch und sozialverträglich. Ambitionierter Klimaschutz muss dabei Hand in Hand gehen mit sozialer Förderung. Nur so wird Klimaschutz im Gebäudebereich eine Erfolgsgeschichte.